

den wirtschaftsstärkeren und reaktionären Elementen in der Politik, der Wirtschaft und der Verwaltung von vornherein die Priorität überläßt. Dieses formaldemokratische Prinzip in die Parteiorganisation übertragen hat zur Folge: die Verbindung der Parteimitglieder zur Parteiorganisation ist locker, nicht diszipliniert, scheinbar mit einer breiten Diskussionsgrundlage in den unteren Einheiten, jedoch mit starkem Herrschaftsprinzip des Parteiapparates. Dadurch kommt es zu dem grotesken Zustand, daß man unten in der Mitgliedschaft glaubt, demokratisch zu entscheiden, während in Wirklichkeit die Parteibürokratie, der Parteiapparat bereits entschieden haben.

Besonders beweiskräftig ist hierfür das Berliner Beispiel. In Berlin wurde der Kampf um die Vereinigung von außen in die sozialdemokratische Parteiorganisation getragen und auch Dr. Schumacher als der erklärte Vereinigungsgegner zur Verhinderung der Vereinigung eingesetzt. So kam es im Frühjahr 1946 in den westlichen Sektoren Berlins zu einer Urabstimmung unter der sozialdemokratischen Mitgliedschaft. Soweit diese sich an dieser Urabstimmung überhaupt beteiligte, stimmte zwar die Mehrheit gegen den sofortigen Zusammenschluß, aber nicht grundsätzlich gegen den Zusammenschluß. Vier Fünftel der Abstimmenden stimmten daher gleichzeitig für eine feste Zusammenarbeit der beiden sozialistischen Parteien. Schumachers Parteiapparat hat bis heute diese eindeutige Willenserklärung seiner Mitgliedschaft ignoriert und unsere versöhnliche Hand zur Zusammenarbeit zurückgewiesen.

Welche Auswirkungen die Herrschaft des Parteiapparates, dieses Organisationsprinzip in lebenswichtigen Fragen der Bevölkerung hat, davon legt die Berliner Rathauspolitik der SPD täglich Zeugnis ab. Der Apparat der SPD hat über die Mitglieder sowohl einen ideologischen wie auch organisatorischen Sieg davongetragen, und das nennt man dann sozialdemokratische innere Parteidemokratie. Aber es gibt auch sozialdemokratische Funktionäre, die diese Art Demokratie durchschaut haben. So hat eine Funktionärversammlung, ausgerechnet dazu noch in Hannover, es abgelehnt, einen Bericht vom Nürnberger SPD-Parteitag entgegenzunehmen, und zwar wegen der Nichtinnehaltung der innerparteilichen Demokratie.

Es zeigt sich damit, daß beide Parteien zu unterschiedlichen Resultaten in ihrer Gesamtpolitik kommen müssen, weil die derzeitige SPD-Führung die Erfahrungen der Vergangenheit nicht sieht, den demokratischen Fortschritt meidet und sich von den wissenschaftlichen Erkenntnissen des Marxismus abwendet. Im Gegensatz hierzu bleiben